

In einer Dokumentation über die Bilanz des Jahres 2022 und den Ausblick auf das Jahr 2023 warnen der seit dem 1. Januar erneut amtierende Präsident des DStGB, Dr. Uwe Brandl, Erster Bürgermeister der Stadt Abensberg, und Hauptgeschäftsführer Dr. Gerd Landsberg davor, dass die Grenze des leistungsfähigen Staates erreicht sei. Klimawandel, Inflation, Energiekrise, Flüchtlingsproblematik – die Kommunen sollten alle diese Aufgaben bewältigen, könnten den gewaltigen Herausforderungen jedoch nicht mehr in adäquater Weise nachkommen, so der DStGB. Damit den Bürgerinnen und Bürgern auch und gerade in unsicheren Zeiten starke Kommunen zur Seite stehen könnten, komme es nun auf eine Neuausrichtung der deutschen Politik an. Dies impliziere ebenfalls die Eigenverantwortung der Bevölkerung, die sich nicht mehr allein auf den Staat bzw. auf die Kommunen verlassen dürfte.

Kommunen schlagen Alarm

Die Ausgangssituation bei den deutschen Kommunen ist besorgniserregend: Die bevorstehende Rezession bewirke verringerte Steuereinnahmen, sodass es zu Einschränkungen bei den zu erfüllenden Aufgaben der Kommunen kommen werde. Darunter fielen Daseinsfürsorgeleistungen, wie etwa die Bereitstellung von Wohnraum, Kindergarten- und Schulplätzen oder die Versorgung der Bevölkerung. Zudem gebe es

Schwere Zeiten – schwache Kommunen

DStGB fordert Neuausrichtung der deutschen Politik

(BS/Marlies Vossebrecker) Angesichts verschiedener schwerwiegender Probleme und Krisen, mit denen die Kommunen in Deutschland bereits seit längerem konfrontiert sind, verweist der Deutsche Städte- und Gemeindebund (DStGB) auf den dringenden Handlungsbedarf bei Bund und Ländern, betont aber zugleich auch die Eigenverantwortung der Bürgerinnen und Bürger.

einen nicht zu unterschätzenden Mangel an Personal und Fachkräften, wodurch sich die Problematik nochmals verschärfe. Außerdem erschwerten überbordende Regulierungsvorschriften und bürokratische Vorgaben die souveräne Handlungsfähigkeit der Kommunen.

Beispiel Aufnahme von Geflüchteten

Als zentrales Beispiel nannte der DStGB die Situation bei der Aufnahme von geflüchteten und vertriebenen Menschen. Hier sei die Grenze der Belastbarkeit bei Kommunen und Städten bereits voll erreicht, und das mit Blick auf die Tatsache, dass die Zahl der Flüchtlinge weltweit künftig weiter ansteige. Nun sei die Bundesregierung gefragt: Die gleichmäßige und gerechte Verteilung der Geflüchteten auf ganz Europa sei unbedingt notwendig und erfordere vollen Einsatz. Außerdem müsse eine Gesamtstrategie ausgearbeitet werden, damit die Kommunen überhaupt angemessen helfen könnten.

Auch in anderen Bereichen sind die Kommunen mit Schwierigkeiten konfrontiert. So bemängelt



Der Präsident des DStGB, Dr. Uwe Brandl, und der Hauptgeschäftsführer, Dr. Gerd Landsberg (re.), legen die Dokumentation über die Bilanz 2022 und den Ausblick 2023 für die Kommunen vor.

Foto: BS/Handschuh, www.dstgb.de

Brandl bezüglich der Energiekrise etwa, dass zwar die Bereitstellung von Flüssiggas in Rekordzeit umgesetzt werden konnte. Hingegen werde in andere Bereiche der Erneuerbaren Energien, die für die Energiewende von elementarer Bedeutung seien, zu wenig investiert und ein zu langsamer Ausbau betrieben.

In krisenreichen Zeiten, wie sie aktuell erlebt werden, haben

Bürgerinnen und Bürger gegenüber dem Staat eine besonders hohe Erwartungshaltung. Das

bekommen die Kommunen deutlich zu spüren: Sie sollen eine leistungsstarke Vorsorge in Form von Angeboten zu Bildung, Kultur, Digitalisierung und Mobilität liefern, um auf diese Weise die Gesellschaft zusammenzuhalten und zu stabilisieren.

Zu hohe Erwartungen an Kommunen

Doch nur starken Kommunen kann es gelingen, in solch schwierigen Zeiten Sicherheit zu bieten. Angesichts der aktuellen enormen Mehrfachbelastung ist das jedoch kaum zu leisten. Darum sei eine ehrliche Kommunikation des Staates an seine Bevölkerung dringend erforderlich, so der DStGB. Nichts weniger als eine Neuausrichtung der deutschen Politik stehe im Raum. Denn ehe Leistungsversprechen gemacht würden, ohne diese zuvor

überhaupt auf ihre Umsetzungsmöglichkeit zu prüfen, müsse in einem ersten Schritt festgelegt werden, auf welchen wesentlichen Aspekten der Fokus liegen sollte. Brandl und Landsberg finden klare Worte: "Wir brauchen einen politischen Kompass, um uns auf das Wesentliche zu konzentrieren, anstatt zu versprechen, dass der Staat jedes individuelle Problem lösen kann."

Lösungsansätze erfordern Eigenverantwortung

Es gelte nun, zufriedenstellende Lösungen zu finden, betont der DStGB, denn der Staat könne nicht alle Probleme, Engpässe und Notlagen allein ausgleichen. Die Mithilfe und Eigenvorsorge der Bürgerinnen und Bürger sei hier gefragt. "Bund und Länder sind gefordert, den Bürgerinnen und Bürgern und auch der Wirtschaft ehrlich zu kommunizieren, was vom Staat in Zukunft noch prioritär geleistet werden kann und was nachrangig sein muss", stellt Landsberg klar. Dies bedeute auch, die Bevölkerung auf mögliche Einschränkungen vorzubereiten und sie zugleich zur eigenverantwortlichen Vorsorge zu bewegen.

Haushaltsdaten auf Knopfdruck

Innovatives Dashboard versammelt Daten zum Haushalt

(BS/Dr. Carina Harms) Die neu entwickelte Datenbank erleichtert die Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Haushalts- und Fachbereichen. Mussten zuvor individuell relevante Daten einzeln angefragt werden, so bietet das Dashboard alle verfügbaren Daten je nach fachspezifischem Interesse auf Abruf.

"600 Millionen Euro Budget in drei Kapiteln. Dafür sind Sie zuständig" – das war die Transparenz, die mir bei meinem Start vor zwei Jahren als Abteilungsleiterin des Zentralen Services des Landesamtes für Flüchtlingsangelegenheiten gewährt wurde. Alleine meine Nachfrage, auf wie viele Titel sich das Budget verteilt, führte zu Irritationen.

Ich merkte schnell, dass ich aus meiner Rolle als Abteilungsleiterin, die über Ziele steuert, ganz andere Fragen hatte als die Haushälterinnen und Haushälter. Das Interesse an Daten und Transparenz war vergleichbar wie bei Pilot und Passagier.

Haushälterinnen und Haushälter können fast alle Fragen beantworten. Jedoch haben sie in ihrer Rolle einen anderen Blick auf den Haushalt. Es geht um die Haushaltswirtschaft, Festlegungen, Buchungen; der strategische Mitteleinsatz liegt meist nicht im Fokus. Anders sollte dies bei Führungskräften sein. Hier muss der wahre Wert der Daten erkannt und genutzt werden. Das Interesse an den Daten ist so unterschiedlich. Vergleichbar mit Pilot, Flugingenieur und Passagier in



Das Zusammenspiel zwischen verschiedenen Fachstellen im Haushalt wird durch das neu entwickelte Dashboard erheblich vereinfacht, indem relevante Daten je nach Bedarf abgerufen werden können.

Foto: BS/gerallt, pixabay.com

figen Abfragen in den Fach- und Haushaltbereichen verbunden. Viel zu häufig werden hier je nach Anfrage Sonderauswertungen gemacht. Diese sind meist mit viel zeitlichem und personellem Aufwand sowie noch mehr unterschiedlichen Excel-Tabellen verbunden. Jeder nutzt seinen Teil der Daten zur Beantwortung der Frage. Eine Qualitätssicherung für die Daten in den unterschiedlichen Quellen findet meist statt, aber durch das Zusammenführen der Daten verschwimmen sowohl Zuständigkeit als auch Verantwortlichkeit.

Auch nachhaltig ist das nicht. Weder im Sinne der Teilhabe, da das Wissen bei einigen Wenigen bleibt, noch im ökologischen Sinn, da für jede Anfrage Ausdrucke und zig E-Mails mit Anhängen erstellt und versendet werden und so der CO₂-

und Nachhaltigkeit auch eine Standardisierung und die Datenqualität sichergestellt werden. Diese Anforderungen wurden mit der Haushaltsüberwachung einer spezialisierten Firma umgesetzt. Mit dem entstandenen Dashboard können tagesaktuell Haushaltsdaten je nach Interesse mit einem "Klick" betrachtet werden.

Die unterschiedlichen Funktionen stehen nach Organisationseinheiten, aber auch je Kapitel, Titel, Hauptgruppe, Untertitel oder übergreifend zur Verfügung. Eine grafische Aufbereitung und ein Jahresvergleich verdeutlichen auf einen Blick die Tatsachen, aber auch die Spielräume. Auf dieser Basis können operative und strategische Entscheidungen getroffen, aber auch nachvollziehbar dargestellt werden. Die Weiterentwicklung der App für die Doppik wird weitere Auskunft geben. Auch mögliche KPIs werden die Steuerung unterstützen. Der Datenbus der spezialisierten Firma nutzt unterschiedliche Datenquellen in ihrer Integrität und Qualität und generiert neue Auswertungsmöglichkeiten. Dies kann Grundlage für strategische und taktische, aber auch operative Entscheidungen sein, um vorhandene und bekannte Spielräume zu nutzen.

Ausstoß vergleichbar mehrerer Kilometer mit einem Mittelklasse-Pkw zustande kommt.

Ziel war es, dass Daten auf einen Knopfdruck verfügbar sind und je nach Interesse Fragen beantwortet werden können. So können neben Geschwindigkeit

"Freiwillige Feuerwehr"

Brandschutz gewährleisten und Ehrenamt stärken

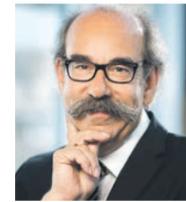
Beinahe 70.000 aktive ehrenamtliche Feuerwehrkräfte sorgen in den knapp 2.500 freiwilligen Orts- und Stadtteilfeuerwehren mit großem Einsatz und Engagement für die Sicherstellung des Brandschutzes in Hessen. Alle Feuerwehrkräfte, egal ob hauptamtlich oder ehrenamtlich, sind unverzichtbarer Bestandteil für den Brandschutz in den Kommunen.

Gesetzliche Hilfsfrist

Bei einer Vergleichenden Prüfung kleinerer Gemeinden haben wir untersucht, ob deren Feuerwehren die gesetzliche Hilfsfrist in Hessen von zehn Minuten gewährleisten konnten. So konnten beispielsweise die Feuerwehren Amöneburg, Helsa und Ranstadt in allen geprüften Jahren die Hilfsfrist zu mindestens 85 Prozent einhalten. Insgesamt war aber bei der Mehrzahl der Feuerwehren die Alarmbereitschaft nicht zu allen Zeiten gegeben. Eine Gemeinde hatte gar keinen Überblick über Daten, die eine Überprüfung der Einhaltung der Hilfsfrist zuließen.

Handlungsbedarfe

Die stete Gewährleistung der



Dr. Ulrich Keilmann leitet die Abteilung Überörtliche Prüfung kommunaler Körperschaften beim Hessischen Rechnungshof in Darmstadt.

Foto: BS/privat

"Hilfsfrist ist vor allem von der Zahl der aktiven ehrenamtlichen Einsatzkräfte abhängig. Demografiebedingt ist vielerorts künftig mit einer abnehmenden Anzahl an Einsatzkräften zu rechnen. Bei den geprüften 18 Kommunen zeigte sich insgesamt, dass die Übernahmequoten aus den Jugendfeuerwehren zu gering sind. Nur fünf der achtzehn geprüften Kommunen werden voraussichtlich bis zum Jahr 2025 in der Lage sein, die aus Altersgründen ausscheidenden Einsatzkräfte durch Nachwuchs aus der Jugendfeuerwehr zu ersetzen. Bei den anderen 13 Kommunen ist dies nach aktuellem Stand nicht möglich.

Handlungsoptionen

Wie unter einem Brennglas wird sichtbar: Städte und Gemeinden stehen vor der Herausforderung, die Zahl der

aktiven Einsatzkräfte zu erhöhen oder zumindest auf dem aktuellen Niveau zu halten. Zu den hierfür geeigneten Maßnahmen können je nach örtlichen Gegebenheiten zählen:

- interkommunale und intrakommunale Zusammenarbeit,
- gemeinsame Alarmierung der Ortsteilfeuerwehren,
- Ausbau und Förderung der Kinder- und Jugendfeuerwehren,
- Gewinnung zusätzlicher Einsatzkräfte etwa durch die Förderung des Ehrenamts und Werbemaßnahmen.

Lesen Sie mehr zum Thema "Einsatzbereitschaft der Freiwilligen Feuerwehr" im Kommunalbericht 2022, Hessischer Landtag, Drucksache 20/9410 vom 25. November 2022, S. 163 ff. Der vollständige Bericht ist kostenfrei unter rechnungshof.hessen.de/abrufbar.

Einhaltung der Hilfsfrist 2016 bis 2020

	werktags tagsüber ¹⁾					sonstige Zeiten				
	2016	2017	2018	2019	2020	2016	2017	2018	2019	2020
Allendorf (Eder)	60%	92%	77%	70%	82%	83%	86%	75%	100%	83%
Amöneburg	85%	88%	90%	96%	91%	96%	100%	97%	96%	100%
Berkatal	-	100%	100%	100%	100%	100%	50%	100%	-	100%
Beselich	88%	64%	100%	88%	90%	86%	92%	100%	100%	100%
Brombachtal	k. A.									
Espenau	90%	90%	97%	100%	100%	83%	100%	88%	94%	91%
Guxhagen	94%	88%	96%	91%	95%	87%	100%	100%	79%	100%
Helsa	100%	100%	96%	91%	96%	100%	95%	97%	100%	100%
Hohenroda	50%	40%	62%	67%	0%	67%	33%	83%	75%	50%
Kalbach	80%	94%	65%	76%	93%	89%	82%	78%	89%	92%
Leun	85%	83%	75%	85%	87%	88%	85%	90%	94%	93%
Liebenau	80%	60%	85%	67%	100%	100%	89%	75%	78%	83%
Meißner	88%	75%	91%	85%	90%	83%	91%	79%	90%	94%
Mittenaar	100%	100%	76%	92%	95%	100%	90%	93%	93%	100%
Neu-Eichenberg	83%	90%	100%	100%	100%	97%	96%	80%	100%	100%
Ranstadt	100%	98%	100%	98%	100%	100%	100%	100%	100%	100%
Söhrewald	100%	97%	91%	87%	90%	87%	92%	73%	100%	87%
Waldsolms	75%	100%	82%	55%	83%	96%	100%	80%	58%	70%

■ = nicht eingehalten, ■ = eingehalten, – = keine relevanten Einsätze, k. A. = keine Angaben
Die Ansicht zeigt den Anteil aller relevanten Einsätze (gemäß FwDV 3) der Feuerwehren der Kommunen, bei denen die Hilfsfrist von zehn Minuten eingehalten wurde.

¹⁾ "Werktags tagsüber" definiert als Zeitspanne montags bis samstags von 08:00 Uhr bis 18:00 Uhr

Quelle: BS/eigene Erhebung; Stand: Juli 2021



Dr. phil. Carina Harms leitet kommissarisch das Landesamt für Flüchtlingsangelegenheiten Berlin und ist Abteilungsleiterin Zentraler Service im Amt. Zudem ist sie Lehrbeauftragte an der Verwaltungsakademie Berlin für Themen der Digitalisierung und Verwaltungsmodernisierung und an der HWR Berlin für das Thema Personalmanagement.

Foto: BS/privat

einem Flugzeug. Jeder von ihnen hat ein anderes Interesse und braucht zum Erreichen andere Daten. Führungskräfte müssen für eine zielorientierte Steuerung die Spielräume kennen.

Viel zu oft ist das Kennen der Spielräume aber noch mit häu-